

Zerbricht Europa an der Flüchtlingskrise? Im Gegenteil: Die Europäische Union wird gestärkt aus dieser Bewährungsprobe hervorgehen

Warum Europa so stark ist

Ein Kommentar von Klemens Joos

Die Flüchtlingskrise ist eine harte Belastungsprobe für EU-Europa, vielleicht die härteste seit 1945. Hunderttausende Menschen fliehen in die EU. Niemand kann heute einen belastbaren Plan präsentieren, wie der Zuzug reguliert werden kann und die Situation in den Griff zu bekommen ist. Immer mehr Politiker schlagen Alarm: vom Bürgermeister bis zum Regierungschef. Historische Konflikte kochen wieder hoch. Es klingt glaubwürdig, wenn EU-Kommissionspräsident Juncker betont, dass Brüssel Tag und Nacht gegen die drohende Katastrophe ankämpfe.

Kommentatoren sprechen von einer „Zerreißprobe“ für die EU. Es wird – wie schon im Zuge der Grexit-Diskussion – die Frage gestellt: Zerbricht die EU?

Klare Antwort: Nein, die EU kann und wird nicht in ihre Einzelteile und damit in einen Kontinent der Nationalstaaten zurückfallen. Derlei düstere Mutmaßungen schüren Ängste, die jeder Grundlage entbehren.

Das große Missverständnis dieser Wochen und Monate lautet, dass die derzeitigen Krisen die Brüchigkeit der EU aufdecken. Genau das Gegenteil ist der Fall: Die Krisen belegen eindrucksvoll, dass die EU-Mitglieder heute politisch und auch im vorpolitischen Raum strukturell so tiefgreifend miteinander



Praktiker & Forscher

Dr. Klemens Joos ist Geschäftsführer der Firma Eutop und berät Interessenvertretungen. An der Ludwig-Maximilians-Universität in München forscht und lehrt er seit Jahren zu den wissenschaftlichen Grundlagen der Interessenvertretung

verwoben sind, dass keiner auch nur ansatzweise in der Lage wäre, einen Bruch zu riskieren – auch wenn sich das im Zuge der allgemeinen Berichterstattung bisweilen anders anhört.

Um es salopp zu sagen: Selbst wenn ein Land nicht mehr wollte, käme es da nicht mehr so leicht heraus.

So unbeherrschbar und im Ausgang ungewiss die Flüchtlingskrise aus heutiger Sicht auch scheinen mag, so groß die Meinungsverschiedenheiten zwischen einzelnen EU-Mitgliedsstaaten auch sein mögen, so offensichtlich unterschiedlich die Mentalitäten, Interessen und Engagements auch in vielen anderen Punkten sind –, es ist de facto unmöglich, aus der EU auszutreten.

Klar, nach dem EU-Vertrag kann jeder Mitgliedsstaat freiwillig aus der EU ausscheiden. Praktisch ist das aber nicht mehr denkbar.

Warum? Weil wir uns seit einigen Jahren, erst recht seit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon 2009, in einer neuen Realität befinden, von der Winston Churchill oder Helmut Kohl seinerzeit noch träumten. Und die heißt: die Vereinigten Staaten von Europa.

Zwischen Portugal und Finnland, Irland und Zypern existiert heute faktisch ein Staatsgebiet. Der entscheidende Grund für die unauflösbare Verflechtung

der EU-Mitgliedsstaaten ist aber ein anderer: Mit der Ratifizierung des Vertrags von Lissabon haben die Mitglieder einen großen Teil ihrer nationalstaatlichen Souveränität den Institutionen der EU übertragen – und damit Macht abgegeben.

Ich frage mich angesichts der Diskussion manchmal, ob selbst dem einen oder anderen politischen Entscheidungsträger die Auswirkungen dessen damals wirklich bewusst waren.

Kommission, Parlament und Rat sind heute die Taktgeber. Von ihnen ausgehende Rechtsakte haben die Bedeutung nationalstaatlicher Gesetzgebung in den Schatten gestellt. Im Brüsseler Maschinenraum werden heute Jahr für Jahr Hunderte Verordnungen und Richtlinien auf den Weg gebracht, Weiß- und Grünbücher erstellt, Subventionen oder Zölle festgelegt und viele weitere legislative und exekutive Maßnahmen beschlossen.

Sie betreffen die Mehrzahl der Politikbereiche aller EU-Mitglieder und haben sukzessive eine Art gemeinsame DNA geschaffen. Kein Mitglied wäre mehr in der Lage, sich von dieser Struktur loszusagen, erst recht nicht, ohne seinen Bürgern und seiner Wirtschaft massiv zu schaden. Griechenland ist das beste Beispiel dafür.

An der Flüchtlingskrise lässt sich im Zusammenhang mit dem

Vertrag von Lissabon aber noch etwas ablesen: Wie oft haben sich die Staats- und Regierungschefs in den letzten Wochen in Anbetracht einer nahenden humanitären Katastrophe zu „Flüchtlingstipfeln“ getroffen und die Nächte um die Ohren geschlagen?

Herausgekommen sind bisher allenfalls von vielen als unbefriedigend empfundene Minimalkompromisse.

Das hat einen strukturellen Hintergrund: Das beschriebene erhebliche Mehr an Macht der EU-Organe hat ihr institutionelles Geflecht noch sehr viel größer und komplexer werden lassen. Entscheidungsprozesse sind extrem undurchsichtig und deren Ergebnisse schwer kalkulierbar geworden.

Das gilt nicht nur im Zusammenhang mit der akuten Flüchtlingskrise. Das gilt für fast alle Entscheidungen. Keiner marschiert mehr vorneweg und hat den Hut auf.

Der Vertrag von Lissabon hat das frühere Mitentscheidungsverfahren zur Regel erhoben („Ordentliches Gesetzgebungsverfahren“): Die Kommission schlägt ein Gesetz vor. Anschließend stimmen Parlament und Ministerrat darüber ab.

Für das Gemeinwohl ist das gut so. Die Mehrheitsbildung findet quer durch alle Mitgliedsstaaten und Fraktionen statt – im Europäischen Parlament gibt es keine Regierungs- und Oppositionsfraktionen.

Ergo sind viel mehr Akteure als früher an der Entscheidungsfindung beteiligt. Unzählige Räder greifen ineinander. Die formellen und informellen Entscheidungswege sind dabei schwer zu durchschauen.

Zusammengefasst befinden sich die EU und ihre Mitgliedsstaaten also nach wie vor inmitten eines kräftezehrenden, gleichwohl unvermeidlichen Prozesses.

Dieser Prozess ist wichtig und richtig für die EU, um als funk-



Europa im Krisenmodus
EU-Lenker bei einem Flüchtlingsgipfel

Erfolg hat eine Formel

In seinem neuen Buch erklärt Joos, wie **Unternehmen** ihre Interessen in der EU erfolgreich einbringen

Die Wahrheit kommt mit wenigen Worten aus – oder mit wenigen Abkürzungen. Joos bringt sein Wissen als Forscher und seine Erfahrung aus 25 Jahren beruflicher Praxis in dieser Formel auf den Punkt:

$$EIV = (IK + PsK) (PwK * PbK)$$

Die Formel soll erklären, wie eine erfolgreiche Interessenvertretung (EIV) in der EU funktioniert. Nötig dafür ist ein Zusammenspiel von inhaltlicher Kompetenz (IK) und Prozessstrukturkompetenz (PsK) – also die Fähigkeit, in der ganzen EU zu agieren und auf Netzwerke zuzugreifen. Für diesen Job bedarf es des professionellen „Intermediärs“. Der Clou der Formel aber sind zwei

weitere Parameter. Die Perspektivenwechselkompetenz (PwK) bedeutet, für die eigenen Interessen so zu agieren, dass sie auch für das Gemeinwohl Relevanz entfalten. Die Prozessbegleitkompetenz (PbK) schließlich meint die Fähigkeit des Intermediärs, für seinen Mandanten in penibler Detailarbeit täglich EUweit am Ball zu bleiben.

Die Formel, davon ist Joos überzeugt, hat „universellen Charakter“. Das neue Buch von Joos jedenfalls („Politische Stakeholder überzeugen“, Wiley Verlag) hat das Zeug zum Standardwerk – auch weil es die politische Mechanik der EU aus einer überraschenden und aufregenden Perspektive erklärt.



Forscher-Trio

Joos mit Co-Autoren, den LMU-Professoren Anton Meyer und Armin Nassehi (r.)

tionierender, hochkomplexer Apparat zu reifen und sich als legitimes Entscheidungszentrum Europas zu etablieren. Das bedeutet, dass die Staatengemeinschaft die Ideen und Visionen der Vereinigten Staaten von Europa gemeinsam Stück für Stück verinnerlichen und weiterentwickeln wird. In jedem Fall geht das nicht von heute auf morgen.

Wie auch? Der Vertrag von Lissabon, der praktisch als eine Art „Geburtsstunde“ zu identifizieren ist, ist gerade einmal seit sechs Jahren in Kraft. Schaut man dagegen über den Atlantik, stellt man fest, dass die Vereinigten Staaten von Amerika erst nach Revolution, Krieg und fast einem Jahrhundert ihrem Namen gerecht und zur wahrhaftig gelebten und praktizierten Realität wurden.

Dagegen befinden wir uns in der EU erst in den Kinderschuhen.

Man muss sich dieser Zusammenhänge bewusst sein, um die aktuellen Krisen in der EU und vor allem den Umgang mit ihnen richtig einordnen zu können. Griechenland- und Flüchtlingskrise treffen die EU mit großer Härte.

Beide werden als schmerzhaft wahrgenommen und haben komplexe politische und zivilgesellschaftliche Prozesse in Gang gesetzt. Schnelle, einfache Entscheidungen können hier nicht erwartet werden.

Diese Prozesse bedrohen die Staatengemeinschaft jedoch nicht, sondern stärken sie. Jene Krisen tragen dazu bei, die nächsten Stufen der europäischen Integration zu nehmen.

Mit jeder Lösung eines Problems wächst auch das Rüstzeug für künftige Konflikte. Das Spektrum der legislativen und exekutiven Instrumente wird größer und substanzieller.

Die Vereinigten Staaten von Europa sind de facto sechs Jahre alt und auf dem besten Weg, früh erwachsen zu werden. ■